presse

Gesetzliches Verbot der Pelztierzüchtung zügig einführen

***Christina Jantz**, Tierschutzbeauftragte:*

Die Koalitionsfraktionen haben sich mit Bundesminister Schmidt grundsätzlich auf ein Verbot der Pelztierhaltung zum Zwecke der Gewinnung von Pelztiererzeugnissen verständigt. Die jetzt vollzogene Rolle rückwärts der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist ein tierschutzpolitischer Rückschlag und ein Affront für CSU-Minister Schmidt.

„Die SPD-Bundestagsfraktion nimmt die unionsinternen Querelen rund um das geplante Verbot der Pelztierfarmen mit Irritation zur Kenntnis. In der Praxis hat sich gezeigt, dass eine den arteigenen Bedürfnissen der Pelztiere und zugleich wirtschaftlichen Notwendigkeiten entsprechende Pelztierhaltung in Deutschland nicht möglich ist. Wir erwarten von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, dass sie am vereinbarten Vorgehen festhält. Wenn es nun aus der Spitze der Unionsfraktion heißt, die Pläne zum Verbot der Pelztierhaltung seien ein Angriff auf die Zukunft der Tierhaltung in Deutschland durch die Hintertür, so unterstellt die Union ihrem eigenen Minister, Christian Schmidt, einen solchen Angriff. Herr Schmidt nämlich hat die Pläne in den vergangenen Monaten vorangetrieben. Die SPD-Bundestagsfraktion steht nach wie vor zu der Absicht, ein Verbot der Pelztierhaltung zum Zwecke der Gewinnung von Pelztiererzeugnissen umzusetzen. Zweifelsohne ist den Pelztierzüchtern eine angemessene Übergangsfrist zu gewähren, um ein Verbot der Pelztierzüchtung rechtssicher zu gestalten. Die nun aufgebrachte Idee einer freiwilligen Vereinbarung mit den Betreibern von Pelztierfarmen zur Stilllegung hingegen ist absurd – dies hieße, die Pelztierzüchter für ihre fragwürdige Haltungspraxis zu belohnen. Es ist höchste Zeit, dass sich die Union beim Thema Tierschutz zusammenrauft. Alles andere ist ethisch fragwürdig und kommt einer tierschutzpolitischen Bankrotterklärung gleich.“